

bekanntgeworden ist, konnte eine Aufwärtsbewegung der Bruttostundenverdienste bei allen erfaßten Handwerkszweigen festgestellt werden. Offenbar haben die Betriebe von sich aus oder auf Empfehlung der Arbeitgeberverbände Lohnerhöhungen vorgenommen, um Abwanderungen von Arbeitskräften vorzubeugen und Neueinstellungen zu erleichtern.

In den einzelnen Handwerkszweigen bewegten sich die *Zunahmen der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste bei den Vollgesellen* zwischen 9,8% im Herrenschneiderhandwerk und 3,8% in den Handwerkszweigen „Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten“, „Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation“, sowie „Elektroinstallation“. Bei den *Junggesellen* hatten diejenigen des Malerhandwerks mit 9,3% den größten Stundenlohnzuwachs zu verzeichnen. Relativ stark gestiegen sind auch die Bruttostundenverdienste der Junggesellen des Kraftfahrzeughandwerks und des Fleischerhandwerks. Für das Fleischerhandwerk ergaben sich auch die höchsten durchschnittlichen *Gesellenlöhne*, und zwar betrug hier der Stundenverdienst für die Vollgesellen 3,49 DM und für die Junggesellen 2,88 DM. Der Bruttostundenverdienst der übrigen Arbeiter, für die die Ergebnisse nur mit starken Einschränkungen für Vergleichszwecke geeignet sind, haben sich maximal im Fleischerhandwerk um 11,2% erhöht, während das Malerhandwerk für diese Gruppe den höchsten Stundenlohn mit 3,03 DM auswies.

Handwerkszweig	Veränderung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste Mai 1961 gegenüber Mai 1962 in %	
	Vollgesellen	Junggesellen
Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten ...	+ 10,8	+ 10,2
Schlosserei	+ 15,4	+ 16,1
Bau- und Möbeltischlerei	+ 15,5	+ 12,9
Herrenschneiderei	+ 14,3	
Bäckerei	+ 17,2	+ 11,7
Fleischerei	+ 14,8	+ 14,2
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	+ 6,9	+ 4,9
Elektroinstallation	+ 8,5	+ 10,9
Malerei und Anstreicherei	+ 21,3	+ 19,0
Ausgewählte Handwerkszweige zusammen	+ 14,6	+ 11,7

Gegenüber Mai 1961 haben sich im Durchschnitt der ausgewählten Handwerkszweige die Stundenlöhne der Vollgesellen in Jahresfrist um 14,6% erhöht und diejenigen der Junggesellen

um 11,7%. Den stärksten Anteil an dieser Entwicklung hat das Malerhandwerk beigetragen, und zwar bei den Vollgesellen mit 21,3% und bei den Junggesellen mit 19,0%.

Höhere Bruttowochenverdienste

Da die Erhöhungen der Bruttostundenverdienste den Rückgang der bezahlten Arbeitszeiten zwischen November 1961 und Mai 1962 bei weitem überwogen, sind auch die *Bruttowochenverdienste* bei allen erfaßten Handwerkszweigen entsprechend in die Höhe gegangen. Am nachhaltigsten kam dies zum Ausdruck bei den *Vollgesellen* des Herrenschneiderhandwerks (+ 10,1%), des Malerhandwerks (+ 7,7%), des Bäckerhandwerks (+ 6,8%) und des Tischlerhandwerks (+ 6,5%), sowie bei den *Junggesellen* des Malerhandwerks (+ 11,9%) und bei den *übrigen Arbeitern* des Fleischerhandwerks (+ 10,1%). Im Durchschnitt für alle Arbeiter betrug die Erhöhung des Wochenverdienstes im Berichtshalbjahr 5,9%. Die *Bruttowochenverdienste der Vollgesellen* schwankten zum überwiegenden Teil zwischen 150,38 DM beim Kraftfahrzeughandwerk und 157,73 DM beim Klempnerhandwerk. Unterhalb dieses Bereiches lagen zwei Handwerkszweige, nämlich die Herrenschneiderei mit 121,12 DM und die Bau- und Möbeltischlerei mit 146,33 DM, während die Fleischerei mit 167,00 DM als einziger Handwerkszweig das Mittelfeld ein gutes Stück hinter sich ließ. Auch hinsichtlich der den *Junggesellen* gezahlten Wochenlöhne stand das Fleischerhandwerk mit 136,17 DM an der Spitze. Die Schwankungsbreite der Wochenverdienste der Junggesellen erstreckte sich bis 109,33 DM im Bau- und Möbeltischlerhandwerk und war gleichmäßiger besetzt als bei den Vollgesellen. Das Schneiderhandwerk bleibt dabei außer Betracht, da hier infolge zu geringer Besetzung keine Werte für Junggesellen ausgewiesen wurden.

Die *Bruttowochenverdienste der übrigen Arbeiter* haben sich im Berichtshalbjahr ebenfalls in allen Handwerkszweigen verbessert, überdurchschnittlich im Fleischerhandwerk (10,1%), im Malerhandwerk (+ 6,4%) und im Klempnerhandwerk (+ 4,7%).

Gegenüber Mai 1961 erhöhten sich die Bruttowochenverdienste im Durchschnitt der ausgewählten Handwerkszweige bei den Vollgesellen um 13,6%, bei den Junggesellen um 10,3% und bei den übrigen Arbeitern um 10,2%.

Diplomvolkswirt Karl Sauter

Die öffentliche Jugendhilfe und ihre Einrichtungen im Rechnungsjahr 1961

Die öffentliche Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt, wobei nach gesetzlichen *Pflichtaufgaben* und *freiwilligen Leistungen* unterschieden wird. Ziel aller Maßnahmen ist die Wohlfahrt der Jugend. Ihre Durchführung obliegt den Jugendwohlfahrtsbehörden, also den Jugendämtern und Landesjugendämtern, soweit nicht gesetzlich die Zuständigkeit anderer öffentlicher Körperschaften (Religionsgesellschaften, Sozialversicherungsträger) oder Einrichtungen (Jugendgerichte, Gesundheitsämter, Polizeibehörden usw.), insbesondere der Schule, gegeben ist. Sie tritt jeweils dann in Aktion, wenn der Anspruch eines Kindes auf Erziehung von der Familie nicht mehr erfüllt wird. *Rechtliche Grundlage* für die öffentliche Jugendhilfe im Jahre 1961 bildeten noch das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt (RJWG) vom 9. Juli 1922 sowie das Abänderungsgesetz zum RJWG vom 28. August 1953 und das Jugendgerichtsgesetz vom 4. August 1953.

Aus dem vielfältigen Aufgabengebiet der Jugendämter werden statistisch erfaßt und nachgewiesen die *Maßnahmen* zum Schutz der Pflegekinder (§§ 19 und 20 JWG), die Tätigkeit der Jugendämter im Vormundschaftswesen (§§ 32–48 JWG), vor allem aber ihre Mitwirkung bei der Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung von Minderjährigen (§§ 56–76 JWG); ferner die Jugendgerichtshilfe, die auf Grund des Jugendgerichtsgesetzes angeordnet wird.

Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich auf die Tätigkeit der Jugendämter, die diese während des Rechnungsjahres 1961 in Baden-Württemberg zugunsten Minderjähriger ausgeübt hatten. Nach der im Jahre 1960 erfolgten *Umstellung der Statistik* der öffentlichen Jugendhilfe ist das Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahr identisch. Soweit es sich bei den Jahresangaben um Bestandszahlen handelt, lassen sich Vergleiche auch mit dem Rumpfbjahr 1960 (1. April 1960 bis 31. Dezember 1960) anstellen; für die Bewegungszahlen ist jedoch ein Vergleich mit dem Vorjahr – wegen des unterschiedlichen Zeitraumes – nur bedingt möglich.

Pflegekinderschutz

Pflegekinder sind Kinder unter 14 Jahren, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig, in fremder Pflege befinden, es sei denn, daß von vornherein feststeht, daß sie unentgeltlich in vorübergehende Bewahrung genommen werden. Außer dieser gesetzlichen Begriffsbildung, die den Kreis der Minderjährigen abgrenzt, enthält das RJWG auch allgemeingültige Bestimmungen für die Aufnahme von Pflegekindern und Überwachung der Pflegestellen. Die Zahl der Pflegekinder ist relativ groß, weil grundsätzlich alle unehelichen Kinder der Aufsichtspflicht der Jugendämter unterstehen. Ist das Wohl des Kindes gesichert, so kann nach längerer Bewahrung durch Anordnung des Jugendamtes eine befr-

stete oder widerrufliche Befreiung von der öffentlichen Aufsicht gewährt werden.

Die Statistik unterscheidet „eigentliche“ Pflegekinder (das sind in der Hauptsache unter Aufsicht stehende Kinder in fremden Familien), sodann unter Aufsicht stehende uneheliche Kinder bei der Mutter, von der Aufsicht befreite Kinder in fremden Familien und endlich von der Aufsicht befreite uneheliche Kinder, die bei der Mutter leben. In den letzten Jahren ist die Zahl der „eigentlichen“ Pflegekinder stetig zurückgegangen; auch im Rechnungsjahr 1961 hielt diese Tendenz an, so daß am 31. Dezember 1961 nur noch 13 332 Kinder – also 38 weniger als am 31. Dezember 1960 – gezählt wurden. Bei diesen Kindern handelte es sich in 78,8% der Fälle um uneheliche Kinder. Allgemein geht das Bestreben dahin, die unehelichen Kinder, sofern es die Umstände erlauben, bei der Mutter zu belassen und sie dort durch die Jugendämter zu beaufsichtigen. Während sich bis Ende 1960 ihre Zahl laufend etwas verringert hat, läßt sich im Rechnungsjahr 1961 erstmals wieder eine Zunahme feststellen. Zu Beginn des Rechnungsjahres 1961 standen 74 726 uneheliche Kinder, die bei ihrer Mutter lebten, unter Aufsicht des Jugendamtes; am Ende des Jahres waren es 75 272. Ob diese Zunahme von 546 Betreuungsfällen ursächlich noch mit der 1960 erfolgten Umstellung des Rechnungsjahres auf das Kalenderjahr zusammenhängt, oder ob sich eine neue Entwicklung anbahnt, muß abgewartet werden.

Im Vergleich zum Vorjahr bot sich den Jugendämtern in geringerem Ausmaß die Möglichkeit, uneheliche Kinder, die bei der Mutter leben, von der Aufsicht zu befreien. 1961 war die notwendige Sicherheit für das Wohl des Kindes nur in 2956 Fällen – das sind 339 Minderjährige weniger als im Rumpfbjahr 1960 – gegeben. Im Gegensatz hierzu konnte in etwas stärkerem Ausmaß als 1960 die Pflegeaufsicht für die in fremden Familien untergebrachten Kinder (61) entfallen. Am 31. Dezember 1961 erstreckte sich der Pflegekinderschutz auf insgesamt 88 604 Kinder. Beansprucht wurden die Jugendämter in differenzierter Weise jedoch von insgesamt 91 621 Pflegekindern; von diesen sind 88 767 oder rund 97% unehelicher Geburt. Ihr Anteil an allen Pflegekindern blieb – ungeachtet der Zunahme von 171 Kindern – gleich groß wie im Jahre 1960.

Amtsvormundschaft

Besonders umfangreich und vielfältig ist die Arbeit, die den Jugendämtern durch ihre Mitwirkung im Vormundschaftswesen erwächst. In der Eigenschaft als Gemeindevorstand wird das Jugendamt für alle Minderjährigen tätig, die unter Vormundschaft stehen. Hierbei spielt es keine Rolle, ob es sich um Fälle von bestellter Einzelvormundschaft oder um Amtsvormundschaften beziehungsweise Vereins- und Anstaltsvormundschaften handelt. Nachdem die Zahl der Amtsmündel von 1959 bis 1960 abgenommen hatte, erhöhte sie sich bis Ende des Rechnungsjahres 1961 wieder um 584 Minderjährige auf insgesamt 109 505. Da bei allen unehelichen Kindern das Jugendamt von Gesetzes wegen Vormund wird, bedeutet auch jede uneheliche Geburt einen Zuwachs an Amtsmündeln; dieser erhöht sich noch durch die Übernahme von Minderjährigen, die bislang unter Amtsvormundschaft von Jugendämtern außerhalb Baden-Württembergs standen. 1961 brachten die unehelichen Geburten einen Zuwachs von insgesamt 10 108 Kindern, während auf Grund des Zuzugs nur 3641 Minderjährige hinzukamen. Für den gleichen Zeitraum verzeichneten die Jugendämter insgesamt einen Abgang von 13 866 Mündeln. Hiervon entfielen 3585 auf Überweisungen an andere Jugendämter, während sich die Abgänge infolge von Legitimationen auf 3547 und die durch Überleitungen in Einzel-, Vereins- und Amtsvormundschaften auf 1681 beliefen. Desgleichen kamen in Abgang 1110 rechtskräftig adoptierte Kinder. Außerdem konnte wegen Erreichung der Altersgrenze in 3046 Fällen die Amtsvormundschaft aufgehoben werden. Die Zahl der Amtsmündel, die im Jahre 1961 durch Tod ausschieden (480), war beacht-

lich groß. Somit halten sich im Rechnungsjahr 1960 die Zu- und Abgänge an Amtsmündeln insgesamt nahezu die Waage. Der Prozentsatz der Unehelichen unter diesen Minderjährigen war mit rund 97% der gleiche wie im Jahre 1960 geblieben. Im wesentlichen hat sich auch die Struktur des Personenkreises der Amtsmündel gegenüber 1960 nicht verändert.

Fürsorgeerziehung, freiwillige Erziehungshilfe und Schutzaufsicht

Wenn ein Minderjähriger in seiner Entwicklung gefährdet erscheint, greifen die Jugendämter, jeweils individuell verschieden, in die Rechte der Erziehungsberechtigten ein. Entscheidend für die Wahl der fürsorglichen Maßnahme bleibt der Grad der Gefährdung des Minderjährigen. Die äußerste Maßnahme ist die Einweisung in Fürsorgeerziehung, die auf Antrag des Jugendamtes durch den Vormundschaftsrichter oder im Strafverfahren durch den Jugendrichter angeordnet werden muß. Damit wird dem der elterlichen Gewalt entzogenen Minderjährigen von seiten Dritter Unterhalt und Erziehung gewährt. Ein privatrechtlicher Vertrag zwischen dem Erziehungsberechtigten und dem zuständigen Jugendamt bildet bei der freiwilligen Erziehungshilfe die Grundlage für alle weiteren Maßnahmen zum Wohle des Minderjährigen. Auch in diesem Fall erfolgt eine Unterbringung in Heimen oder besonders hierzu geeigneten Familien. Sowohl die vorläufige als auch die endgültige Fürsorgeerziehung werden zum überwiegenden Teil in überörtlicher Zuständigkeit durchgeführt. Bemerkenswert ist, daß in den Regierungsbezirken Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern diese Erziehungsmaßnahmen nur von den Landesjugendämtern ergriffen werden; in den badischen Landesteilen liegen sie dagegen ausschließlich im Tätigkeitsbereich der örtlichen Jugendämter. Sofern die örtlichen Jugendämter zu dieser Maßnahme greifen, erfolgt dies ohne Kostenbeteiligung des Landes.

Gleichfalls auf gerichtlicher Anordnung beruht die Schutzaufsicht, die in Form einer Vereinbarung zwischen dem Jugendamt und dem Erziehungsberechtigten auch auf freiwilliger Basis vorgenommen werden kann. Praktisch stellt die Schutzaufsicht nur eine intensivere Art der Überwachung als die formlose Betreuung durch das Jugendamt dar. Im Hinblick darauf ist in diesen Fällen die Gewährung von Erziehung und Unterhalt aus öffentlichen Mitteln ausgeschlossen.

Während die Zahl der Minderjährigen in Fürsorgeerziehung gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben ist, hat sich die Zahl der unter gesetzlich angeordneter oder freiwilliger Schutzaufsicht stehenden im Jahre 1961 erhöht. In der Tatsache, daß sich der Kreis der Fürsorge-Zöglinge 1961 nicht erweitert hat, spiegelt sich unter anderem auch die vorherrschende Tendenz zum Ausbau der freien Formen der Jugendhilfe wider.

Am 31. Dezember 1961 standen in Baden-Württemberg 416 Minderjährige in vorläufiger Fürsorgeerziehung; für annähernd die siebenfache Anzahl (2886) war jedoch die Fürsorgeerziehung endgültig verfügt worden. Von den insgesamt erfaßten 3302 Fürsorgezöglingen, unterlagen 2123 der überörtlichen und 1179 der örtlichen Zuständigkeit. Mit 6402 Minderjährigen in freiwilliger Erziehungshilfe war ihre Zahl fast doppelt so hoch wie die der Fürsorgezöglinge insgesamt. An der freiwilligen Erziehungsform beteiligten sich die örtlichen und die überörtlichen Träger je zur Hälfte. Gegenüber dem Vorjahr hatte die überörtliche Erziehungshilfe mit 3264 Zöglingen im Jahre 1961 einen Zuwachs von rund 100 Zöglingen, die örtliche Institution mit 3138 Hilfsbedürftigen dagegen einen Abgang von 50 Zöglingen zu verzeichnen. Noch etwas größer war Ende des Rechnungsjahres 1961 die Zahl der unter Schutzaufsicht stehenden Minderjährigen (3728). Von diesen standen mehr als die Hälfte – nämlich 2075 – unter freiwilliger Schutzaufsicht. Trotz absoluter Abnahme (69) hat sich ihr Anteil im Vergleich zu den Fällen gerichtlich angeordneter Schutzaufsicht von rund 54% auf 56% erhöht. Wesentlich stärker verkleinerte sich der Kreis, der unter gerichtlich ange-

Tabelle 1

Die öffentliche Jugendhilfe in Baden-Württemberg im Rechnungsjahr 1961 (vom 1. 1. 1961 bis 31. 12. 1961)

Art der Jugendhilfe	E ¹⁾ L	Baden-Württemberg		Anzahl der Fälle in			
		Anzahl der Fälle	%	Nord- württemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwürtt.- Hohenzollern
Pflegeaufsicht							
Eigentliche Pflegekinder gem. §§ 19 und 20 JWG	E	13 332	14,6	4 026	2 500	4 624	2 182
Unter Aufsicht stehende uneheliche Kinder bei der Mutter (§ 24 JWG)	E	75 272	82,1	27 825	16 815	15 601	15 031
Von der Aufsicht befreite Kinder in fremden Familien	E	61	0,1	2	49	9	1
Von der Aufsicht befreite uneheliche Kinder bei der Mutter	E	2 956	3,2	65	1 503	1 323	65
Pflegekinder insgesamt	E	91 621	100	31 918	20 867	21 557	17 279
Darunter uneheliche	E	88 767	96,7	31 181	20 369	20 338	16 879
Minderjährige unter Amtsvormundschaft							
Gesetzliche Amtsvormundschaft	E	104 648	95,6	40 043	20 385	24 208	20 012
Bestellte Amtsvormundschaft	E	4 857	4,4	1 801	1 107	1 121	828
Amtsmündel insgesamt	E	109 505	100	41 844	21 492	25 329	20 840
Darunter uneheliche	E	106 271	97,0	40 666	20 761	24 502	20 342
Minderjährige unter Amtspflege- und Amtsbeistandschaft ..	E	9 182	—	3 926	2 463	1 902	891
Erledigte Fälle von Vaterschaftsfeststellungen	L	11 308	—	4 425	2 523	2 586	1 774
Adoptionen unter Mitwirkung des Jugendamtes	L	1 252	100	572	264	239	177
Darunter durch Ausländer	L	367	29,3	220	114	11	22
Minderjährige unter Schutzaufsicht							
Gerichtlich angeordnete Schutzaufsicht	E	1 653	44,3	581	399	381	292
Darunter männliche Minderjährige	E	1 181	—	372	304	299	206
Freiwillige Schutzaufsicht	E	2 075	55,7	1 764	56	158	97
Darunter männliche Minderjährige	E	1 165	—	973	22	119	51
Unter Schutzaufsicht insgesamt	E	3 728	100	2 345	455	539	389
Anträge auf Fürsorgeerziehung							
Für Minderjährige im Alter bis unter 14 Jahre	L	171	21,7	58	38	35	40
Darunter männliche Minderjährige	L	102	—	34	25	20	23
von 14 bis unter 18 Jahre	L	590	74,9	221	179	105	85
Darunter männliche Minderjährige	L	306	—	123	88	54	41
von 18 bis unter 19 Jahre	L	26	3,3	11	5	4	6
Darunter männliche Minderjährige	L	12	—	6	2	2	2
von 19 und mehr Jahren	L	1	0,1	—	1	—	—
Darunter männliche Minderjährige	L	—	—	—	—	—	—
Anträge insgesamt	L	788	100	290	223	144	131
Darunter männliche Minderjährige	L	420	53,3	163	115	76	66
Anträge auf freiwillige Erziehungshilfe (überörtliche und örtliche)							
Für Minderjährige im Alter bis unter 14 Jahre	L	742	51,2	413	143	117	69
Darunter männliche Minderjährige	L	455	—	249	85	76	45
von 14 bis unter 18 Jahre	L	634	43,7	252	206	141	35
Darunter männliche Minderjährige	L	318	—	121	102	80	15
von 18 bis unter 19 Jahre	L	53	3,7	24	16	9	4
Darunter männliche Minderjährige	L	32	—	12	10	7	3
von 19 und mehr Jahren	L	20	1,4	15	3	2	—
Darunter männliche Minderjährige	L	10	—	8	2	—	—
Anträge insgesamt	L	1 449	100	704	368	269	108
Darunter für männliche Minderjährige	L	815	56,2	390	199	163	63
Jugendgerichtshilfe einschließlich Entlassungsfürsorge	E	3 763	—	1 206	1 336	1 094	127
Zugegangene Fälle	L	20 293	100	8 610	5 668	3 884	2 131
Darunter Fälle von Minderjährigen unter 18 Jahren	L	9 624	46,7	4 010	2 608	1 913	1 093
Fälle der Mitwirkung bei Maßnahmen der Bewährungshilfe							
bei Aussetzung der Strafverhängung	L	64	11,8	6	32	26	—
bei Aussetzung der Strafvollstreckung	L	417	76,8	61	289	50	17
bei Entlassung zur Bewährung mit bestimmter Strafdauer ..	L	51	9,4	8	12	26	5
bei Entlassung zur Bewährung mit unbestimmter Strafdauer ..	L	11	2,0	—	6	5	—
Fälle der Mitwirkung bei Bewährungshilfe insgesamt	L	543	100	75	339	107	22

¹⁾ E = am Ende des Rechnungsjahres. L = im Laufe des Rechnungsjahres.

ordneter Schutzaufsicht Stehenden, und zwar um 119 auf 1653 Minderjährige. Nach wie vor sind es in der Hauptsache männliche Jugendliche, die der Schutzaufsicht unterliegen; ihr Anteil betrug 1961 62,9% und blieb damit etwas unter der Quote von 1960 (64,2%). Ein beträchtlicher Teil dieser überwachten Jugendlichen war schon mit dem Gesetz in Konflikt gekommen und im Anschluß an ein Verfahren vor dem Jugendgericht dem Jugendamt überantwortet worden: Daß eine geringere Anzahl weiblicher Minderjähriger von den Jugendämtern betreut werden muß, hängt wohl auch damit zusam-

men, daß die Knaben häufiger und zum Teil auch in jüngeren Jahren zu Ausbildungszwecken oder zur Arbeitsaufnahme aus der Familie und der gewohnten Umgebung herausgenommen werden und damit wohl einer größeren Gefährdung ausgesetzt sind.

Kosten der Fürsorgeerziehung und freiwilligen Erziehungshilfe

Im Rechnungsjahr 1961 wurden für die Fürsorgeerziehung und die freiwillige Erziehungshilfe insgesamt 14,09 Mill. DM

Tabelle 2

Die Fürsorgeerziehung und freiwillige Erziehungshilfe in Baden-Württemberg im Rechnungsjahr 1961 (vom 1. 1. 1961 bis 31. 12. 1961)

Bezeichnung	E) L	Baden-Württemberg		Anzahl der Fälle in			
		Anzahl der Fälle	%	Nord- württemberg	Nordbaden	Südbaden	Südwürtt.- Hohenzollern
In Fürsorgeerziehung stehende Minderjährige							
in vorläufiger Fürsorgeerziehung	E	416	12,6	236	113	54	13
in endgültiger Fürsorgeerziehung	E	2 886	87,4	1 856	496	516	18
Fürsorgezöglinge insgesamt	E	3 302	100	2 092	609	570	31
In freiwilliger Erziehungshilfe stehende Minderjährige							
in überörtlicher Erziehungshilfe	E	3 264	51,0	—	2 045	1 219	—
in örtlicher Erziehungshilfe	E	3 138	49,0	2 493	—	—	645
Minderjährige in freiwilliger Erziehungshilfe insgesamt	E	6 402	100	2 493	2 045	1 219	645
In Fürsorgeerziehung und freiwilliger Erziehungshilfe							
Untergebrachte							
in Erziehungsheimen	E	5 748	59,4	3 088	1 004	1 149	507
in Heil- und Pflegeanstalten	E	356	3,7	290	3	6	57
in Beobachtungs- und Sichtungsheimen	E	99	1,0	51	37	9	2
in sonstigen Heimen	E	765	7,9	180	492	61	32
in Familienpflege	E	1 956	20,2	606	898	400	52
in Lehr-, Dienst- und Arbeitsstellen	E	700	7,3	349	187	139	25
in sonstigen Stellen	E	48	0,5	4	22	21	1
Untergebrachte insgesamt	E	9 672	100	4 568	2 643	1 785	676
Darunter in vorläufiger und endgültiger Fürsorgeerziehung	E	3 276	33,9	2 075	602	568	31
Altersaufbau der in endgültige Fürsorgeerziehung und freiwillige Erziehungshilfe überwiesenen Minderjährigen							
Minderjährige bis unter 2 Jahre	L	156	5,6	106	17	8	25
Minderjährige von 2 bis unter 6 Jahre	L	296	10,6	183	53	21	39
Minderjährige von 6 bis unter 14 Jahre	L	949	34,1	431	214	186	118
Minderjährige von 14 bis unter 21 Jahre	L	1 380	49,7	657	374	270	79
Überwiesene Minderjährige insgesamt	L	2 781	100	1 377	658	485	261
Darunter in endgültiger Fürsorgeerziehung	L	761	27,4	412	185	160	4
Familienverhältnisse der vorgenannten Überwiesenen							
Kinder aus vollständigen Familien	L	890	32,0	442	222	149	77
Kinder aus geschiedenen Ehen und von dauernd getrennt lebenden Eltern	L	590	21,2	268	170	105	47
Uneheliche Kinder	L	830	29,8	407	161	161	101
Voll- und Halbwaisen	L	471	17,0	260	105	70	36
Überwiesene Minderjährige insgesamt	L	2 781	100	1 377	658	485	261
Kosten							
		DM	%	DM	DM	DM	DM
Kosten der vorläufigen und endgültigen Fürsorgeerziehung							
in Erziehungsheimen	L	3 992 701	87,3	2 741 048	595 593	617 802	38 258
in Heil- und Pflegeanstalten	L	159 530	3,5	154 053	2 941	2 536	—
in sonstigen Anstalten und Unterbringungsstellen	L	319 120	7,0	234 275	41 825	38 090	4 930
Sonstige Kosten	L	99 511	2,2	40 304	26 660	30 407	2 140
Gesamtbruttokosten	L	4 570 862	100	3 169 680	667 019	688 835	45 328
Einnahmen ¹⁾	L	1 381 937	—	938 706	273 258	159 544	10 429
Gesamtnekkosten	L	3 188 925	—	2 230 974	393 761	529 291	34 899
Kosten der freiwilligen Erziehungshilfe							
in Erziehungsheimen	L	7 572 922	79,6	2 886 128	2 113 171	1 616 852	956 771
in Heil- und Pflegeanstalten	L	748 263	7,9	447 837	192 227	— 2 692 ²⁾	110 891
in sonstigen Anstalten und Unterbringungsstellen	L	1 041 876	10,9	256 421	576 699	120 877	87 879
Sonstige Kosten	L	154 185	1,6	25 993	58 449	67 719	2 024
Gesamtbruttokosten	L	9 517 246	100	3 616 379	2 940 546	1 802 756	1 157 565
Einnahmen ¹⁾	L	2 722 023	—	1 042 302	968 359	407 733	303 989
Gesamtnekkosten	L	6 795 223	—	2 574 077	1 972 187	1 395 383	853 576
Gesamtbruttokosten der Fürsorgeerziehung und Erziehungshilfe	L	14 088 108	—	6 786 059	3 607 565	2 491 591	1 202 893
Gesamtnekkosten der Fürsorgeerziehung und Erziehungshilfe	L	9 984 148	—	4 805 051	2 365 948	1 924 674	888 475

¹⁾ E = am Ende des Rechnungsjahres. L = im Laufe des Rechnungsjahres. — ²⁾ Einnahmen aus Renten, privaten Unterhaltsbeiträgen und sonstigen Einkommen der Minderjährigen. — ³⁾ Kassenmäßiger Minusbetrag. Die eigentlichen Kosten belaufen sich auf 4434 DM.

verausgabt. Von diesen Gesamtbruttokosten entfielen 4,57 Mill. DM auf Maßnahmen der vorläufigen und endgültigen Fürsorgeerziehung. Der durch Gewährung freiwilliger Erziehungshilfe bedingte Ausgabenbetrag lag um mehr als das Doppelte über den Fürsorgekosten; er stellte sich auf 9,52 Mill. DM brutto. Wie immer beanspruchte die Heimerziehung den überwiegenden Teil. Gemessen an den Gesamtkosten der Fürsorgeerziehung belief sich ihr Anteil auf 87,3% (3,99 Mill. DM). Bei den Ausgaben der freiwilligen Erziehungshilfe bezifferten sich die Kosten der Heimerziehung auf 7,57 Mill.

DM; anteilsmäßig lagen sie etwa gleich wie im Vorjahr (79,6 Prozent).

Im Laufe des Rechnungsjahres 1961 konnten Einnahmen in Höhe von 1,38 Mill. DM auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung und 2,72 Mill. DM auf dem der freiwilligen Erziehungshilfe erzielt werden. Diese Beträge setzten sich aus Vermögenserträgen der Minderjährigen sowie aus Renten und Unterhaltsleistungen zusammen. Somit blieb die öffentliche Hand im Hinblick auf Fürsorgeerziehung und Erziehungshilfe insge-

Tabelle 3

Einrichtungen und verfügbare Plätze der halboffenen und geschlossenen Jugendhilfe in Baden-Württemberg am 31. Dezember 1961

Art der Einrichtungen	Einrichtungen					Verfügbare Plätze				
	insgesamt	davon				insgesamt	davon			
		der öffentl. Hand	der freien Wohlfahrtspflege, und zwar	der Kirchen	privater gewerblicher Träger		der öffentl. Hand	der freien Wohlfahrtspflege, und zwar	der Kirchen	privater gewerblicher Träger
Säuglingsheime	77	13	27	9	28	2 736	618	1 295	320	503
Heime für schulpflichtige Minderjährige	166	20	73	38	35	10 550	1 208	5 906	2 456	980
Heime für nicht mehr schulpflichtige Minderjährige	50	8	25	15	2	3 002	777	1 307	843	75
Kinderkrippen	137	46	66	16	9	6 496	2 819	2 803	694	180
Kindergärten	3 320	699	2 438	127	56	224 268	46 799	167 422	7 951	2 096
Kinderhorte	129	67	44	13	5	6 523	4 013	1 671	581	258
Genesungs- und Erholungsheime für Minderjährige	164	14	28	28	94	9 102	1 514	2 265	2 290	3 033
Tages-Erholungsstätten für Minderjährige	144	53	68	22	1	16 810	2 745	10 424	3 596	45
Jungarbeiterheime	184	7	106	61	10	11 634	255	7 454	3 418	507
Heime der offenen Tür)										
Häuser der Jugend	76	30	29	9	8					
Beobachtungsheime	8	2	4	1	1	245	46	126	33	40
Sonstige Einrichtungen	71	7	26	19	19	3 552	177	1 833	1 212	330
Einrichtungen insgesamt	4 526	966	2 934	358	268	294 918	60 971	202 506	23 394	8 047
Davon im Regierungsbezirk										
Nordwürttemberg	1 649	336	1 100	138	75	107 908	22 306	74 993	8 722	1 887
Nordbaden	998	193	704	65	36	70 121	10 944	52 949	5 364	864
Südbaden	1 009	237	570	96	106	63 255	14 825	38 778	5 986	3 666
Südwestfalen-Lippe	870	200	560	59	51	53 634	12 896	35 786	3 322	1 630

1) Belegkapazität wurde nicht erfaßt.

samt noch mit 9,98 Mill. DM belastet. Auf den einzelnen Fall bezogen, ergaben sich im Jahresdurchschnitt 1961 in Baden-Württemberg Nettokosten in Höhe von 1032,27 DM.

Einrichtungen

Bis Ende des Rechnungsjahres 1961 hatte sich die Zahl der Einrichtungen der halboffenen und geschlossenen Jugendhilfe um insgesamt 45 auf 4526 erhöht. Am stärksten war der Zugang bei den Kindergärten (+ 36) sowie bei den Tages- und Erholungsstätten für Minderjährige (+ 14). Sehr viel geringer hat sich die Zahl der Kinderhorte (+ 3), der Kinderkrippen (+ 1) und der Heime für schulpflichtige Minderjährige vergrößert. Trotz dieser Neueröffnungen dürfte der Bedarf an diesen Einrichtungen, der symptomatisch für unsere Zeit ist, noch nicht gedeckt sein. Als Folge der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, die alle nur verfügbaren Kräfte in den Leistungsprozeß einspannt, arbeiten in zunehmendem Maße Vater und Mutter, so daß für Kinder Tages- oder Heimplätze zur Betreuung durch Drittpersonen weiterhin zusätzlich benötigt werden. Die Auflösung von 6 Heimen für nicht mehr Schulpflichtige und von 9 Genesungs- und Erholungsheimen für Minderjährige weist den Bedarf noch in eine bestimmtere Richtung.

Träger der Einrichtungen waren vor allem die Kirchen; die insgesamt 2934 Heime, Krippen und Horte oder 64,8% aller verfügbaren Einrichtungen besaßen. Gegenüber 1960 hatte sich dieser Bestand insgesamt um 51 Einrichtungen vermehrt. Die öffentliche Hand besaß gegen Ende des Rechnungsjahres 1961 966 Jugendeinrichtungen und lag damit um 18 über dem

Vorjahrsbestand. Im Vergleich hierzu gaben die nichtkirchlichen Verbände 14 und die privaten, gewerblichen Träger 10 Heime auf. Der Zugang an Heimen verteilte sich mit je 13 Einrichtungen auf die Regierungsbezirke Nordwürttemberg und Südbaden; in Nordbaden wurden mit 9 und in Südwestfalen-Lippe mit 10 Heimen vergleichsweise weniger Einrichtungen neu geschaffen.

Entsprechend der gestiegenen Zahl von Einrichtungen hatten unter den Trägern auch die Kirchen den größten Platzgewinn. Sie wiesen 2447 und die öffentliche Hand 991 neue Plätze nach. Dagegen brachte die Schließung von Heimen den nichtkirchlichen Wohlfahrtsverbänden einen Platzverlust von 2229 und den privaten oder gewerblichen Trägern von 115. Somit standen am 31. Dezember 1961 in den Einrichtungen der halboffenen und geschlossenen Jugendhilfe insgesamt 294 918 Plätze bereit; das sind nur wenig mehr (0,4%) als am 31. Dezember 1960.

Es ist offensichtlich, daß der Staat zum Schutze der Minderjährigen in großem Umfang tätig war und für deren Wohlfahrt beträchtliche Mittel verausgabte, wie auch der Initiative der freien Wohlfahrtsverbände sowie den privaten und gewerblichen Institutionen viel zu verdanken ist; unbestreitbar bleibt aber auch die Tatsache, daß noch manches in sozialpädagogischer Hinsicht getan werden muß. Mit dem Bundesgesetz für Jugendwohlfahrt – in der Fassung vom 11. August 1961 –, das am 1. Januar 1962 wirksam geworden ist, werden der öffentlichen Jugendhilfe zur Behebung von Erziehungsnotständen neuartige und noch umfassendere Hilfsmaßnahmen geboten.

Diplomkaufmann Gertrud Heß

Entwicklung der Preise für Dienstleistungen im Rahmen des Preisindex für die Lebenshaltung

Anlaß der Revision des Preisindex für die Lebenshaltung im Hinblick auf die Umstellung von den Verbrauchsgewohnheiten im Jahr 1950 auf die des Jahres 1958 mußten auf verschiedenen Gebieten neue Waren und Leistungen in das Berechnungsschema einbezogen werden, ohne daß in entsprechender Zahl Positionen auszuscheiden waren. Diese Verfeinerung des Warenkorbes in Verbindung mit der Änderung der Gewichtsanteile wirkte sich auf das Ergebnis insofern aus, als für die Zeit, in der der Preisindex nach alter und neuer Methode berechnet wurde, der Index auf neuer Grundlage weni-

ger stark gestiegen ist. Die Ursachen für diese differenzierte Entwicklung sind mannigfacher Art; sie sollen im folgenden hinsichtlich des sogenannten Dienstleistungsbereichs erörtert werden.

Unter Dienstleistungen sind diejenigen „Kaufobjekte“ zu verstehen, die weder direkt noch indirekt (über den Handel) aus der Land- und Gartenbauwirtschaft sowie aus dem produzierenden Gewerbe bezogen und auf dem Wege zum Konsumenten nicht weiter bearbeitet werden. Zu den Dienstleistungen werden ferner solche Güter gezählt, die unverarbeitet zum